

Bundesaußenminister Guido Westerwelle besucht Uruguay

Am 9. März 2010 kommt Außenminister Guido Westerwelle im Wege seiner ersten Südamerikareise, die ihn auch nach Argentinien und Brasilien führt, nach Montevideo. Damit ist er unter den ersten ausländischen Regierungsvertretern, die vom neugewählten Präsidenten José „Pepe“ Mujica, der am 1. März 2010 sein Amt angetreten hat, empfangen werden.

Westerwelle ist nach Willy Brandt (1968) und Hans-Dietrich Genscher (1985) der dritte deutsche Außenminister, der das kleine Land am Río de la Plata besucht.

Die deutsch-uruguayischen Beziehungen haben eine lange Tradition.

Die erste deutsche Vertretung in Montevideo wurde 1858 als Generalkonsulat mit Zuständigkeit für alle La-Plata-Staaten eröffnet, bestand jedoch nur 11 Jahre lang und wechselte dann nach Buenos Aires. Von 1908 bis zur Kapitulation nach dem Zweiten Weltkrieg am 07.05.1945 unterhielt Deutschland eine diplomatische Vertretung in Montevideo, die am 29.12.1951 wiedereröffnet wurde.

Die traditionell guten bilateralen Beziehungen schlagen sich vor allem in den Wirtschaftsdaten nieder:

Mit einem Außenhandelsvolumen von über 200 Mio. US-Dollar ist Deutschland der wichtigste europäische Handelspartner Uruguays. Die deutschen Exporte nach und Importe aus Uruguay liegen jedes Jahr bei etwa 100 Mio. US-Dollar. Seit zwanzig Jahren gilt zwischen den beiden Ländern ein Abkommen über Investitionsschutz und die Vermeidung von Doppelbesteuerung. Seit 1916 besteht die Deutsch-Uruguayische Handelskammer mit derzeit 220 Mitgliedern.

Seit 1989 ist ein Kulturabkommen in Kraft. Mit dem Goethe-Institut, der seit über 150 Jahren bestehenden deutschen Schule Montevideo und Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung, die seit 1967 in Uruguay arbeitet, sowie der Friedrich-Ebert-Stiftung verfügt Deutschland über eine breite Präsenz im Land.

Neben dem Treffen mit dem Staatspräsidenten stehen Besuche beim Außenminister Luis Almagro, beim Tourismusminister Héctor Lescano und bei der Deutsch-Uruguayischen Handelskammer auf dem Programm. Zur 90-köpfigen Delegation gehören Mitglieder aller Bundestagsfraktionen sowie Wirtschaftsvertreter.